

Vorlage
Kreisausschuss
Kreistag

Sitzungsdatum: 01.10.2020

Sitzungsdatum: 08.10.2020

Vorlage Nr.: 2023/14-20/LR

Tagesordnungspunkt	- öffentlich -
Betreff: Nachhaltige Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes und Unterstützung der kommunalen Ordnungsbehörden zum Zwecke der Bewältigung pandemischer Lagen	
Beschlussvorschlag: Der Kreistag beschließt, zum Zwecke der nachhaltigen Bekämpfung des Pandemiegeschehens	
<ol style="list-style-type: none"> 1. vierzehn neue Stellen, darunter Stellen für Ärzte, medizinisches Fachpersonal, Hygienekontrolleure und Verwaltungsbedienstete zu schaffen und so schnell als möglich zu besetzen, 2. das vom Oberbergischen Kreis initiierte Projekt der Ordnungspartnerschaften zwischen Kreis, Kreispolizeibehörde und Kommunen über das Jahr 2020 hinaus fortzusetzen und den dreizehn kreisangehörigen Kommunen einheitliche Fahrzeuge und eine einheitliche Ausstattung und Ausrüstung sowie einen Personalkostenzuschuss in Höhe von jeweils max. 35.000 Euro p.a. zur Verfügung zu stellen, 3. erforderliche Mittel im Jahr 2020 überplanmäßig bereitzustellen und im Jahr 2021/2022 über den Kreisaushalt abzubilden. 	

Der Sachverhalt ist auf der Rückseite dargelegt.

Finanzielle Auswirkungen des Beschlusses:		
<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> noch nicht zu übersehen
Kosten € siehe Sachverhalt	Produktgruppe diverse	Haushaltsjahr 2020 ff
Auswirkungen auf	<input checked="" type="checkbox"/> Ergebnis- und Finanzrechnung	<input type="checkbox"/> nur Finanzrechnung
	<input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung	<input checked="" type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung

SACHVERHALT

Die Bekämpfung des Pandemiegeschehens im Zusammenhang mit der Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 hat die Kreisverwaltung in den vergangenen Monaten stark gefordert. Im Ergebnis konnte dem Ausbruchsgeschehen im Kreisgebiet durch eine gute Koordination der notwendigen Maßnahmen, eine gute Zusammenarbeit der beteiligten Behörden und Institutionen sowie durch einen engagierten Einsatz der zur Bekämpfung des Pandemiegeschehens eingesetzten Bediensteten effektiv begegnet werden; Fallzahlen waren zwischenzeitlich auf "0" aktive Fälle zurückgegangen.

Wesentlicher Faktor für die erfolgreiche Bekämpfung des Pandemiegeschehens war und ist dabei die konsequente Reaktion auf neue Infektionsfälle und eine unmittelbare Nachverfolgung von Kontakten infizierter Personen. Durch zahlreiche „Fallmanager“ im Gesundheitsamt wurden insoweit hunderte Sachverhalte ermittelt und dokumentiert, um alles Notwendige, bis hin zum Erlass von Quarantäneverfügungen und deren Überwachung, zu veranlassen. Darüber hinaus wurden über ein sog. Patiententelefon alle Infizierten nahezu täglich kontaktiert und betreut.

Der Kreisverwaltung ist die konsequente Nachverfolgung von Kontaktpersonen in den vergangenen Wochen vor allem deshalb gelungen, weil Personal aus beinahe allen anderen Bereichen der Kreisverwaltung abgezogen und als Unterstützung im Gesundheitsamt eingesetzt wurde. Darüber hinaus wurde durch die Kolleginnen und Kollegen des Gesundheitsamtes, aber auch anderer Bereiche, erhebliche Mehrarbeit geleistet. Besonders hilfreich war ferner der Einsatz von Ärztinnen und Ärzten aus dem Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt. Es ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass das Infektionsschutzgesetz im Umgang mit Krankheitserregern Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte gleichermaßen als sachkundig ansieht. Im Übrigen erwies sich der Einsatz von Lebensmittelkontrolleuren aus dem Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt als ausgesprochen hilfreich, weil zum Inhalt der Ausbildung neben der Lebensmittelhygiene auch das Infektionsschutzgesetz gehört. Ein Einsatz von angehenden Lebensmittelkontrolleuren im Gesundheitsamt ist im Ausbildungsverlaufsplan ausdrücklich vorgesehen.

Laut Hinweisen des Robert-Koch-Instituts und Erlassen des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW gilt als Richtwert für die notwendige personelle Ausstattung der Behörden, dass pro 20.000 Einwohner 5 Vollzeitkräfte allein zur Kontaktnachverfolgung eingesetzt werden sollen. Tatsächlich ist die konkrete Personalausstattung jedoch von der jeweiligen Infektionslage abhängig.

In seiner Sitzung am 25.06.2020 hat der Kreistag des Oberbergischen Kreises einstimmig den Beschluss gefasst, die personelle und technische (digitale) Ausstattung des Gesundheitsamtes nachhaltig auszubauen. Die Verwaltung begrüßt die Initiative des Kreistages, zumal das Infektionsgeschehen in den letzten Wochen landes- und bundesweit wieder deutlich zugenommen hat. Der Anstieg der Fallzahlen in den Sommermonaten ist deshalb besonders ernst zu nehmen, weil die im Sommer verstärkten Aktivitäten im Freien eine Eindämmung des Virus eher begünstigen, während damit zu rechnen ist, dass mit Beginn der kalten Jahreszeit die Infektionsrisiken eher steigen.

Auch künftig wird daher die konsequente Kontaktnachverfolgung dafür entscheidend sein, ob der Oberbergische Kreis negativen Entwicklungen frühzeitig begegnen kann und weiterhin "vor der Lage" sein wird. Allerdings ist eine Unterstützung aus anderen Fachämtern aktuell und zukünftig nur noch eingeschränkt möglich, weil auch die anderen Fachämter ihren originären gesetzlichen Aufgaben inzwischen wieder nachgehen müssen und das Personal aus anderen Verwaltungsbereichen daher nur noch eingeschränkt für eine Unterstützung des Gesundheitsamtes eingesetzt werden kann. Auch das Personal des medizinischen Dienstes der Krankenkassen, das vorübergehend unterstützend eingesetzt wurde, geht inzwischen wieder seinen originären Aufgaben nach.

Im Übrigen wurde von den Kreistagsfraktionen im Rahmen der Diskussion in der Sitzung am 25.06.2020 eingefordert, nicht nur das Gesundheitsamt, sondern auch andere vom Pandemiegeschehen betroffene Bereiche zu stärken. Genannt wurde explizit der Bereich der Ordnungsbehörden, die unter dem Aspekt der Überwachung von Quarantäneverfügungen und von Vorgaben der Coronaschutzverordnung in den letzten Wochen und Monaten ebenfalls in besonderer Weise gefordert waren. Als ein Glücksfall erweist es sich dabei, dass die kreisangehörigen Kommunen das Personal im Bereich ihres Ordnungsdienstes in den letzten Jahren auf Initiative der Kreisverwaltung und aufgrund einer vereinbarten "Ordnungspartnerschaft" spürbar verstärkt haben. Der Kreis hat in den Jahren 2018-2020 die hierfür entstehenden Kosten in großem Umfang übernommen. Die entsprechende Vereinbarung gilt allerdings nur noch bis zum Jahresende.

Vor dem beschriebenen Hintergrund – und angesichts der wieder deutlich steigenden Fallzahlen – schlägt die Verwaltung vor, kurzfristig und überplanmäßig insgesamt 14 zusätzliche Stellen zu schaffen und so schnell als möglich zu besetzen. Außerdem sollte schon jetzt eine verbindliche Entscheidung zur Fortführung der Ordnungspartnerschaften getroffen werden. Hierdurch erhielten auch die Kommunen die notwendige Planungssicherheit und könnten ggf. befristete Arbeitsverhältnisse entfristen.

Da es sich - wie ausgeführt - als ausgesprochen hilfreich erwiesen hat, auch Ärz-

tinnen und Ärzte sowie andere in der Pandemiebekämpfung erfahrene Kollegen aus dem Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt unterstützend in das Geschehen einzubinden und weil sich auch für diesen Bereich ein deutlicher Mehrbedarf für die kommenden Jahre abzeichnet, sollen die 14 Stellen überwiegend im Gesundheitsamt, ergänzend aber auch im Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt angesiedelt werden. Hierdurch werden Synergieeffekte optimal genutzt, da einerseits die im Amt bestehenden Personalmehrbedarfe jedenfalls perspektivisch und andererseits aktuelle Bedarfe zur Bekämpfung des Pandemiegeschehens gedeckt werden können.

Es ergibt sich danach folgender überplanmäßiger Mehrbedarf:

Gesundheitsamt: (Fettdruck: Mehrbedarf an Vollzeitstellen)

- Ärztliches Personal: **3,0**
- Ärztliche Assistenz: **1,0**
- Hygienekontrolleur bzw. Hygienefachkraft: **1,0**
- Pandemiemanagement: **1,0**
- Sachbearbeitung Verwaltung / Ordnungsrechtliche Verfahren: **1,0**
- Medizinische Fachangestellte / Sozialmedizinische Assistenz: **2,0**
- Pharmazeutisch-technische: **0,5**

Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt: (Fettdruck: Mehrbedarf an Vollzeitstellen)

- Ärztliches Personal: **2,0**
- Lebensmittelkontrolleur: **1,0**
- VerwaltungssachbearbeiterInnen: **1,5**.

Kosten:

Die Verwaltung schätzt die zusätzlichen Brutto-Personalkosten auf rd. 980.000 € /anno (durchschnittl. 70.000 € pro Stelle bei Haushaltsvolumen 2020 gesamt: 424 Mio. €). Für die Fortsetzung der Ordnungspartnerschaften wird wie in der Vergangenheit ein Betrag von 675.000 € p.a. kalkuliert.

Eine – jedenfalls teilweise - Refinanzierung der Kosten dürfte sich aus dem auf Bund-Länder-Ebene aktuell in Abstimmung befindlichen sog. „Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst“ ergeben.

Mit dem Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst wollen Bund und Länder nachhaltig die Personalausstattung der Behörden verbessern und die Strukturen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes tiefgreifend stärken.

Es ist von Bund und Ländern angedacht, im Zeitraum vom 1. Februar 2020 bis zum 31. Dezember 2022 ca. 8.125 neue unbefristete Stellen für Ärztinnen und Ärzte, weiteres Fachpersonal sowie Verwaltungspersonal in den Behörden des ÖGD zu schaffen und zu besetzen. Der Personalaufwuchs soll auf allen Ebenen (Kommunen, Landesbehörden wie Landesgesundheitsämter und Gesundheitsministerien) stattfinden, wobei 90 Prozent der Stellen in den unteren Gesundheitsbehörden geschaffen werden sollen. 3,5 Milliarden Euro sollen in einen Personalaufbau und 0,5 Milliarden zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Gesundheitsdienstes aufgewendet werden.

gez.

Jochen Hagt
-Landrat-

gez.

Klaus Grootens
-Kreisdirektor-